

II-3375 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1707/13

1978 -03- 02

A n f r a g e

der Abgeordneten Kittl, Maier, Hirscher, Hellwagner, Brauneis  
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend Erstreckung der Frist zur Durchführung der Umwelt-  
schutzinvestitionen bei Borregaard Österreich AG

Die Salzburger SPÖ hat im "Salzburg-Plan" vom Jahre 1974 zu den  
Fragen des Umwelt- und Naturschutzes ausführlich Stellung genommen.  
Insbesondere wurden mit grossem Nachdruck Massnahmen zur Reinhaltung  
der Gewässer und Flüsse im Lande Salzburg gefordert.  
Ein Jahr vorher hat bereits das Amt der Salzburger Landesregierung  
in der Dokumentation "Wasser und Kanal" auf den bedenklichen Zustand  
mehrerer Fliessgewässer im Lande Salzburg aufmerksam gemacht und dabei  
auf den katastrophalen biologischen Zustand der Salzach zwischen Hallein  
und der Stadt Salzburg hingewiesen.

Anfangs der Siebzigerjahre stand in ganz Österreich und so auch im  
Bundesland Salzburg der weitere Ausbau der Wirtschaft im Mittelpunkt  
der Politik. Unter anderem wurde auch der Papierfabrik - Borregaard  
Österreich AG-Hallein für eine Kapazitätsausweitung der Zellulose-  
erzeugung auf jährlich 124.000 Tonnen eine wasserrechtliche Bewilligung  
erteilt. Die ursprünglich vorgesehenen Umweltschutzinvestitionen konnten  
aber von der Firmenleitung mit Rücksicht auf die schwierige Ertragslage  
- diese trifft weltweit auf alle Zellulosefabriken zu - nicht in vollem  
Umfange durchgeführt werden.

In den Presseberichten der letzten Wochen werden von der Arbeiterkammer,  
vom Gewerkschaftsbund und von der Wirtschaftskammer Massnahmen zur  
Absicherung der Produktion von Borregaard Österreich AG gefordert,  
während Umweltschützer und Vertreter von Fischerei-Vereinen ohne Rücksicht

auf die finanzielle Lage des Unternehmens die Durchführung der Umweltschutzinvestitionen verlangen. Zu diesen Investitionen zählen unter anderem das umweltfreundliche Magnesium-Bisulfit-Verfahren und die Anlage zur Verdickung der Abwässer im Zellstoffkochprozess.

Um einen Überblick über den Stand der Rechtsfragen zu bekommen, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A n f r a g e n :

- 1) Wann ist mit der Schlussverhandlung über den Antrag auf Erstreckung der Frist betreffend die Durchführung der Umweltschutzinvestitionen zu rechnen ?
- 2) Mit welcher Fristerstreckung kann Borregaard Österreich AG voraussichtlich rechnen ?
- 3) Muss allenfalls mit einer Rücknahme der bewilligten Kapazitätsausweitung gerechnet werden ?
- 4) Ist wegen der Verfärbung der Salzach und wegen der Bildung von Abwasserpilzen an eine Überprüfung der Vorschriften für das Kraftwerk Urstein zur Durchspülung der Staustufe gedacht ?